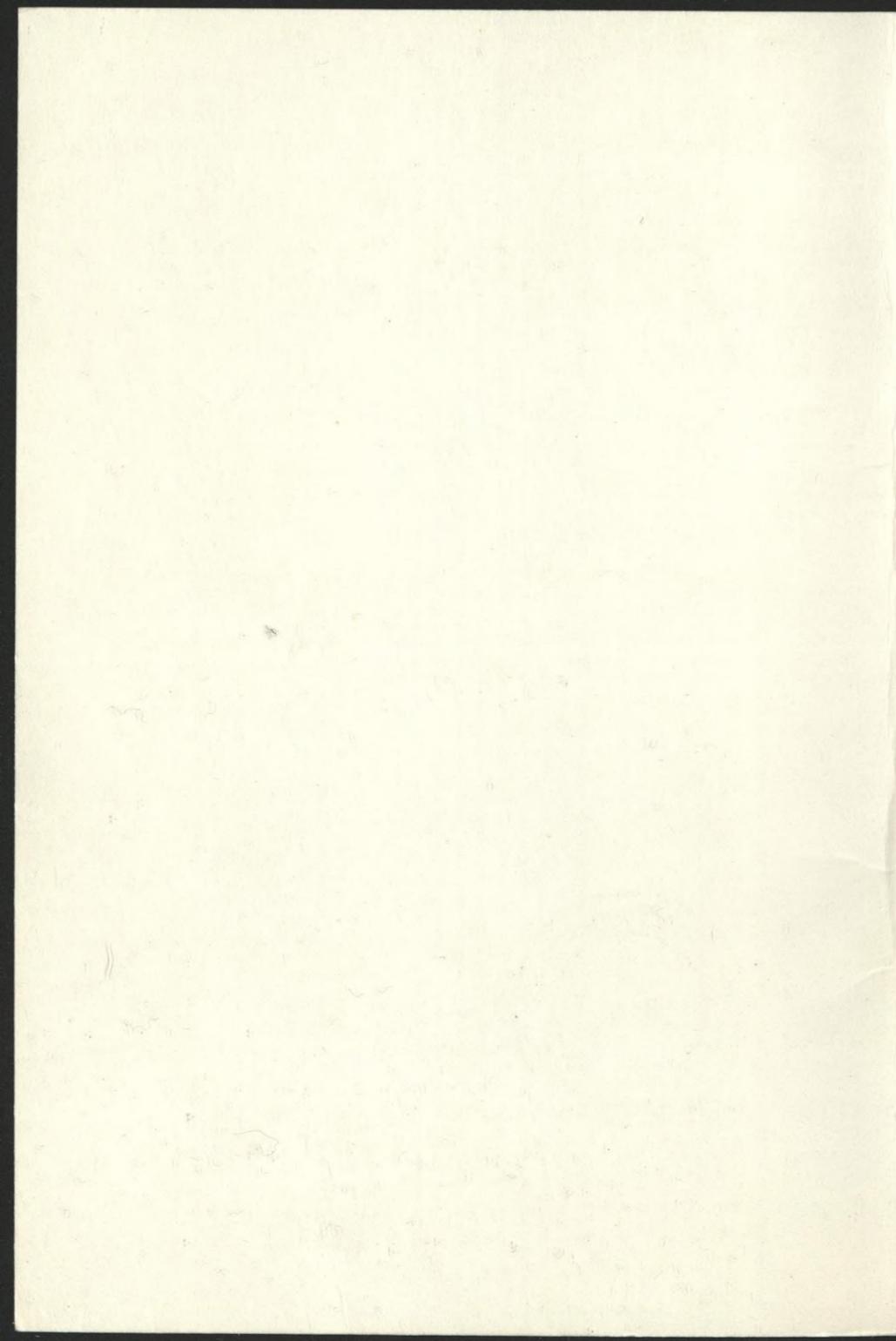


**DEN
VORSPRUNG
SICHERN
BREMEN-PLAN
1975-1979**

SPD
Bremen 

A 96 - 01845

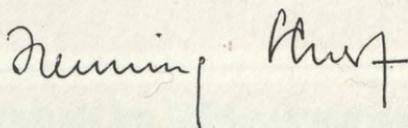


Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

dieser Plan ist die Grundlage sozialdemokratischer Politik im Lande Bremen für die Jahre 1975–1979. Der Landesparteitag hat am 10. Mai 1975 diesen Plan einstimmig beschlossen. Wir Sozialdemokraten haben damit Bürgermeister Hans Koschnick eine solide Handlungsgrundlage geschaffen.

Wir machen praktische Politik, deren Maßstab Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität ist. Wir verteidigen diese vom Vertrauen der Bevölkerung getragene Politik gegen Chaoten, die auf revolutionären Umsturz spekulieren, und gegen eine CDU, die auch in Bremen ohne konstruktive Vorschläge das Geschäft der Krisenpolitiker verfolgt.

Wir kämpfen mit Bürgermeister Hans Koschnick für die unverwässerte Fortführung unserer Politik. Wir bitten die Wähler um die Unterstützung unserer Politik, damit das Vertrauen weiter wächst.



Dr. Henning Scherf
Landesvorsitzender



A 96 - 01845

Landesbibliothek und Archiv

Das Buch ist die erste Ausgabe der Reihe
Bände im Jahre 1972 bis zum Jahre 1973
Der 1. Band enthält die Jahre 1972 bis
zum Ende des Jahres 1973. Die
Landesbibliothek und Archiv

Wir haben das Buch für den
Landesbibliothek und Archiv
zu veröffentlichen. Die
Landesbibliothek und Archiv
CDU die auch in
Vertrag der

Wir kämpfen um
die Landesbibliothek
Wir bitten die
Politik

Handwritten signature

Dr. Heidegger
Landesbibliothek



Vorwort

1 Solide Finanzpolitik - der finanzielle Rahmen unserer Politik für 1975-1979.

2 Sicherung der Arbeitsplätze - wichtigstes Ziel sozialdemokratischer Politik.

3 Ausbau der sozialen Sicherung und der Gemeinschaftseinrichtungen.

4 Chancengleichheit im Bildungswesen durch Ausbau der beruflichen Bildung und Festigung der Bildungsreform.

5 Stärkung der inneren Sicherheit, der Rechtspflege und Ausbau der allgemeinen Dienste.

Vorwort

Wir Sozialdemokraten im Lande Bremen stellen uns nach vierjähriger Regierungsarbeit dem Urteil der Wähler. Mit Bürgermeister Hans Koschnick an der Spitze des Senats hat die SPD in Bremen und Bremerhaven ihre Wahlversprechen für die Wahlperiode 1971–1975 erfüllt. Damit ist eine von Wilhelm Kaisen in den Nachkriegsjahren begonnene Arbeit fortgeführt worden, die Bremen in der Bundesrepublik in entscheidenden Punkten einen Vorsprung gebracht hat. Ohne durch Koalitionen eingeengt zu sein, haben wir in den letzten vier Jahren insbesondere

- **die Arbeitsplätze in unserem Land sicherer gemacht,**
- **in vielen Lebensbereichen, insbesondere im Krankenhauswesen, im Vorsorgebereich, im Kindheits-, Jugend- und Rentenalter, die sozialen Sicherungen ausgebaut,**
- **die Ausbildung nach Qualität und Umfang verbessert,**
- **den Schutz vor Rechtsbruch und Gewalt gestärkt.**

Wir haben im Rahmen der Finanzkraft unseres Landes mehr erreicht, als wir versprochen haben. Darauf sind wir stolz. Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Natürlich bleibt noch viel zu tun. Jeder sollte aber wissen, daß der Verbesserung der öffentlichen Leistungen feste Grenzen gesetzt sind. Die Wirtschaftskraft unseres Landes hängt in besonderem Maße von der internationalen Entwicklung ab. Internationale Wirtschaftskrisen beeinträchtigen sie. Bei unseren Ausgaben dürfen wir also die Finanzkraft der Kommunen und des Landes nicht überfordern.

Finanzpolitische Solidität und Sicherung der Arbeitsplätze sind die unabdingbaren Voraussetzungen unserer Reformpolitik. Sie bestimmen den Spielraum, innerhalb dessen wir über das Erreichte hinaus neue Verbesserungen zu schaffen vermögen. Dabei treten wir für eine Politik ein, die Bürgerschaft, Senat und Behörden als wirksame Einrichtungen des gemeinsamen Schutzes und des solidarischen Beistandes versteht. Diese Politik dient der Mehrheit der Bevölkerung.

- **gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher und politischer Macht,**
- **gegen die Benachteiligung der Einzelnen und Schwachen,**
- **für den gerechten Anteil aller am gemeinsam geschaffenen Wohlstand.**

Diese sozialdemokratische Politik stößt auf doppelte Gegnerschaft.

Auf einer Seite werden wir von jenen Chaoten bekämpft und verschrien, die auf einen revolutionierenden Umsturz spekulieren und dabei unsere wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften aufs Spiel setzen wollen.

Auf der anderen Seite versucht die CDU, unsere fortschrittliche Politik zu verhindern. Panikmache und bewußte Verunsicherung der Bürger sind Mittel ihrer Politik. Das gilt nicht nur für Strauß. Auch die Bremer CDU hat als Opposition nichts vorangetrieben, keine konstruktive Kritik geübt und keine weiterführenden Alternativen geboten. Die CDU ist und bleibt in ihren Handlungen eine Partei der Großunternehmer. Ihren Arbeitnehmerflügel benutzt sie lediglich als Feigenblatt.

Wir Sozialdemokraten haben in den letzten vier Jahren eine klare Politik verfolgt, die jeder prüfen kann. Dies verdanken wir nicht zuletzt der Tatsache, daß uns die bremische Wählerschaft mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen und so dafür gesorgt hat, daß wir Sozialdemokraten in den letzten vier Jahren unter der bewährten Führung von Bürgermeister Hans Koschnick allein regieren konnten, ohne schwaches Zünglein an der Waage.

Wir haben von dieser Mehrheit unserem Wahlprogramm entsprechend konsequenten, aber maßvollen Gebrauch gemacht. Die bremischen Wähler wissen dies. Sie wissen auch, daß die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion in ihrer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Senat dessen Politik zugleich kontrolliert und, wo es wichtig erschien, korrigiert hat.

Wir stehen in engem Kontakt zu den Ortsamts- und Stadtteilbeiräten, zu den Betrieben und zu Institutionen und Gruppen, die Bürgerinteressen vertreten. Die SPD ist auch zwischen den Wahlen für die Kritik der Bürger offen, auch wenn sie sich wiederholt gezwungen gesehen hat, unpopuläre Entscheidungen zu fällen.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir unsere Regierungspolitik unverwässert fortsetzen. Dafür bitten wir um die Unterstützung der Wähler. Die SPD des Landes Bremen macht praktische Politik, die sich an Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität, den Grundwerten des demokratischen Sozialismus, orientiert.

Nach dieser Leitlinie richtet sich unser Bremen-Plan für die Jahre 1975–1979, für die wir die Bürger zur Bürgerschaftswahl am 28. September 1975 um ihre Zustimmung bitten. Mit Bürgermeister Hans Koschnick an der Spitze des Senats werden wir Sozialdemokraten uns in den Jahren 1975–1979 bemühen, die Ziele dieses Programms zu verwirklichen.

1 Solide Finanzpolitik - der finanzielle Rahmen unserer Politik für 1975-1979.

Grundlage unserer politischen Arbeit ist die Machbarkeit unserer Planungen. Entscheidend dafür ist deren Finanzierbarkeit. Soweit sich dies abschätzen läßt, wird im Lande Bremen in den Haushaltsjahren 1975-1979 ein Gesamtvolumen von rund 15 Mrd. DM zur Verfügung stehen. Davon wollen wir 28% für Infrastrukturausgaben (Investitionen, Bauunterhaltungsmittel, Bewirtschaftungskosten), 16% für Leistungsausgaben (Renten, Unterstützungen, Ausbildungsförderung), 34% für Personalausgaben und 22% für sonstige Ausgaben (Zuweisungen an Bremerhaven, Zuschüsse für Hochschulen, Tilgung der aufgenommenen Kredite) ausgeben.

Dieses geplante Ausgabenvolumen garantiert eine solide Finanzpolitik der Bremer Sozialdemokraten. Bei diesen Schätzungen sind wir sehr vorsichtig gewesen. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung unsere Erwartungen übertreffen, werden wir in der Lage sein, weitere Leistungen, die wir vorbereitet haben, zu erbringen.

Angesichts der Unsicherheit der internationalen Entwicklungen müssen wir aber auch auf Schmälerungen unserer Finanzkraft und auf Veränderungen unserer geplanten Prioritäten gefaßt sein. Die gefährliche internationale Währungskrise und die enormen Preis-

steigerungen für importierte Rohstoffe, die in der Preisentwicklung sämtlicher Bereiche unserer Wirtschaft ihren Niederschlag fanden, haben in den vergangenen Jahren allen Bürgern gezeigt, wie sehr unsere wirtschaftliche Stabilität und unser wirtschaftlicher Fortschritt auch von internationalen Entwicklungen abhängig sind, auf die wir nur geringen Einfluß haben. Wir Sozialdemokraten werden diese Entwicklung wachsam verfolgen und angemessen reagieren. Wer den Boden einer gesicherten Haushalts- und Finanzpolitik nicht verlassen will, der wird bereit sein müssen, mit dem Mut auch zu unpopulären Entscheidungen vor die Bevölkerung unseres Landes zu treten. Dies gilt insbesondere für die in der nächsten Legislaturperiode unabwendbaren Mehrbelastungen unserer Bürger bei kommunalen Steuern, Gebühren und Tarifen. Diese Erhöhungen werden wir jedoch nach sozialen Gesichtspunkten vornehmen.

Im Rahmen dieser finanziellen Möglichkeiten wird sich unsere Politik auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- 1. Sicherung der Arbeitsplätze**
- 2. Ausbau der sozialen Sicherung und der Gemeinschaftseinrichtungen**
- 3. Ausbau der beruflichen Bildung und Festigung der Bildungsreform**
- 4. Stärkung der inneren Sicherheit**

2 **Sicherung der Arbeitsplätze - wichtigstes Ziel sozial- demokratischer Politik.**

Durch Intensivierung unserer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wollen wir mit Vorrang die Arbeitsplätze im Lande Bremen sicherer machen. Dazu gehören auch die Schaffung neuer und die Verbesserung der Arbeitsplätze und die berufliche Förderung der Arbeitnehmer. Sichere und qualifizierte Arbeitsplätze bilden die Existenzgrundlage der Bürger. Hierzu sehen wir vor allem folgende Maßnahmen vor:

MASSNAHMEN:

- **Stärkung der Wirtschaftsstruktur, insbesondere in Bremerhaven und in Bremen-Nord durch unsere Wirtschaftsförderungspolitik,**
- **Schaffung neuer, vor allem höherwertiger und zukunftssicherer Arbeitsplätze durch Ansiedlung neuer Industriebetriebe, auch im Gebiet Luneort/ Luneplate,**
- **Verbesserung der Arbeitsplätze im Bremerhavener Fischereihafen,**

- Förderung der Hafenwirtschaft, der Werften sowie der Luft- und Raumfahrtindustrie,
- Sicherung der Energieversorgung unter Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Umweltprobleme,
- Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, auch durch Schaffung neuer wohnungsnaher Gewerbegebiete für umweltfreundliche Betriebe zur Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für Frauen, ältere Arbeitnehmer und Behinderte (auch Teilzeitarbeitsplätze),
- Ausbau der beruflichen Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- Verbesserung der beruflichen Situation der Hafenarbeiter,
- solidarische Unterstützung der ausländischen Arbeitnehmer zur Bewältigung ihrer vielfältigen besonderen Probleme,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben, insbesondere des Schutzes der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz vor Schadstoffen, Lärm und übermäßigen physischen und psychischen Belastungen,
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit dem Ziel, daß der einzelne für die Fahrt zur Arbeit ein bequemes Beförderungsmittel erhält und das Auto weitgehend für die Freizeit benutzt.

Bei dieser Politik legen wir besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Ortsamts- und Stadtteilbeiräten. Sie sollen rechtzeitig beteiligt werden, damit

sie ausreichende Möglichkeiten zur Mitwirkung an den Planungen und Beschlüssen von Bürgerschaft und Senat erhalten.

Für die Sicherung und Förderung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft wollen wir in der kommenden Legislaturperiode zur Realisierung von Investitionen 700 Mio. DM Barmittel bereitstellen und darüber hinaus für 150 Mio. DM Aufträge erteilen, deren Abwicklung in die übernächste Legislaturperiode hineinreicht (Verpflichtungsermächtigung).

In den letzten Jahren haben sich die Anzeichen für eine internationale Krise der Wirtschaft verstärkt. In allen westlichen Ländern steigen die Inflationsraten und die Arbeitslosenquoten. Insbesondere angesichts der großen Abhängigkeit der Bremer Wirtschaft von der Weltwirtschaft sind Bürgerschaft und Senat hier zu größter Wachsamkeit verpflichtet. Die Erfahrungen von Bürgermeister Hans Koschnick und des Senats gewährleisten auch hier eine angemessene Politik.

Sollte eine weitere Verschlechterung der internationalen wirtschaftlichen Lage außerordentliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze in unserem Land notwendig machen, so sind wir auch darauf vorbereitet.

3 Ausbau der sozialen Sicherung und der Gemeinschaftseinrichtungen.

Wir wollen den wirtschaftlichen Fortschritt unserer Gesellschaft durch eine Politik ergänzen, die durch eine Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen die Möglichkeiten des einzelnen fördert, zu einer gerechten Teilhabe an den Leistungen der Gesellschaft und zur Verbesserung der Qualität seines Lebens. Darüber hinaus wollen wir ihm für den Notfall die solidarische Hilfe der Gesellschaft sichern.

In diesem weiten Bereich sehen wir insbesondere folgende Maßnahmen vor:

MASSNAHMEN:

- Verbesserung des öffentlichen Gesundheitswesens, Ausbau der Gesundheitsvorsorge und der Früherkennung von Krankheiten sowie von geistigen und körperlichen Mängeln, Förderung der Gesundheits-
erziehung in den Schulen und Berufsschulen und der Gesundheitspflege für Kinder und Jugendliche,
- Ausbau der kommunalen und gemeinnützigen Krankenhäuser im Rahmen einer Krankenhausreform, die auch die Wirtschaftlichkeit dieses Bereichs der öffentlichen Gesundheitsversorgung verbessert,

- Hilfen für Behinderte zur Pflege, zur beruflichen Ausbildung und zur gesellschaftlichen Eingliederung,
- Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, insbesondere in den Stadtrand- und Industriegebieten,
- verstärkte Bemühungen um die Koordinierung des privaten und öffentlichen Gesundheitswesens,
- besondere Förderung des Sports, auch an Schulen und Berufsschulen,
- die zu errichtenden Bürgerzentren werden Modellcharakter haben und sind daher vorrangig zu fördern. Errichtung von Jugendzentren, Sportstätten, Spielplätzen, Kindertagesstätten,
- Schaffung von Altenwohnungen, Altenheimen, Pflegeplätzen nach dem Bremer Altenplan,
- Verstärkung der personellen Kapazitäten im sozialen Bereich,
- Schaffung zusätzlicher Freizeiteinrichtungen, Bäder, Rad- und Wanderwege, öffentlicher Grünanlagen, Kleingärten, Fußgängerzonen, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten,
- Verbesserung der Qualität des Wohnungsangebotes, insbesondere des Altbaubestandes,
- verstärkte Bemühungen im Umweltschutz, insbesondere bei der Lärmbekämpfung, Abfallbeseitigung, Wasser- und Luftreinhaltung unter Berücksichtigung der Probleme der Raumordnung und Stadtentwicklung,
- Weiterführung des Kanalbaustufenprogramms.

Bei der Schaffung dieser zusätzlichen sozialen Einrichtungen sollen jene Stadtteile Vorrang erhalten, in denen der Bedarf am größten ist. Insgesamt wollen wir durch vielfältige Maßnahmen der Stadtentwicklung die Qualität der bestehenden Wohngebiete im Interesse der Bewohner verbessern und örtliche Qualitätsunterschiede abbauen.

Für die Errichtung größerer neuer Siedlungen besteht in Bremen kein Bedarf mehr. Um die Abstimmung der Stadtplanung mit den Bedürfnissen der Bewohner zu verbessern, wollen wir in den kommenden Jahren in Zusammenarbeit mit den Betroffenen Gesamtkonzeptionen für die Entwicklung einzelner Stadtteile erstellen, die sämtliche Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeit, Versorgung, Freizeit und Verkehr aufeinander abstimmen.

Die neuen Sozialeinrichtungen sind mit besonderem Schwerpunkt auf die Bedürfnisse der älteren Mitbürger und der Jugendlichen ausgerichtet. Dementsprechend wollen wir unseren Altenplan weiterentwickeln und für die junge Generation einen besonderen Bremer Jugendplan erstellen. Ein entsprechender Plan für die Hilfen für Behinderte ist in Arbeit. Darüber hinaus ist die Bemühung um die Wiedereingliederung sozialer Randgruppen in die Gesellschaft ein wichtiges Ziel unserer Politik.

Für den Ausbau der sozialen Sicherung und den Ausbau der Gemeinschaftseinrichtungen wollen wir in der kommenden Legislaturperiode Mittel in Höhe von 1045 Mio. DM bereitstellen und darüber hinaus für 140 Mio. DM Aufträge erteilen (Verpflichtungsermächtigungen). Den Schwerpunkt der Leistungsausgaben in der Gesamthöhe von 2,6 Mrd. DM sehen wir in der sozialen Sicherung der Mitbürger. Auch bei der von uns geplanten Verbesserung der Dienstleistungen durch Personalverstärkung wollen wir einen Schwerpunkt im Bereich der sozialen Sicherung setzen.

4 Chancengleichheit im Bildungswesen durch Ausbau der beruflichen Bildung und Festigung der Bildungsreform.

Nachdem wir in den letzten vier Jahren den Ausbau des Bildungswesens in besonderem Maße vorangetrieben haben (Schulbau, Schulgesetz, Lehrerbildungsgesetz, Aufbau der Universität), wird ein Schwerpunkt in den Jahren 1975–1979 der Ausbau des beruflichen Bildungswesens sein.

Unsere Arbeitsmarktpolitik wird diese Bildungspolitik durch die Sicherung angemessener Arbeitsplätze für Schulabgänger unterstützen. Bei zukünftigen Siedlungs-, Entwicklungs- und Strukturhilfen für die Wirtschaft wird den geförderten Betrieben die Auflage gemacht werden, auch Ausbildungsplätze bereitzustellen. Das allgemeinbildende Schulwesen im Lande Bremen benötigt nach einer Phase großen äußeren Ausbaues eine Phase der inneren Konsolidierung.

Dies wird begünstigt durch eine abnehmende Zahl von Schulanfängern und durch den Ausbau der Lehrerausbildung an der Universität. Wir werden den Lehrermangel weiter abbauen.

Im Bereich der Bildungspolitik sehen wir insbesondere folgende Maßnahmen vor.

MASSNAHMEN:

- Verstärkte Förderung der Haupt- und der Berufsschulen im Interesse gleichwertiger öffentlicher Förderung der verschiedenen Bildungsgänge,
- Neubau und Ausbau von Sonderschulen sowie weitere Verbesserung ihrer Ausstattung,
- vorrangige Bauinvestitionen im Bereich der Klassen 11-13 (Sekundarstufe II) unter Einschluß der Berufsschulen,
- Ausbau des Berufsschulunterrichts mit dem Ziel: 12 Wochenstunden für jeden Schüler,
- weiterer Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres,
- Förderung der Berufsausbildung von Hauptschulabgängern ohne Schulabschluß und von Sonderschülern,
- Förderung der Fachoberschulen und ähnlichen Einrichtungen als Bindeglieder zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung,
- Einführung der Orientierungsstufe,
- regelmäßige Verringerung der Schülerzahl pro Klasse jährlich um einen Schüler,
- Sanierung von Altbauschulen,
- Vorbereitung der Einführung der Vorschulpflicht,
- zusätzliche Bereitstellung von Kindergartenplätzen,
- zügiger Aufbau der integrierten Gesamthochschule an den Standorten Universität, links der Weser und Bremerhaven, die einander funktionsgerecht ergänzen sollen,

- **Fertigstellung der 2. Ausbaustufe der Universität,**
- **weiterer Ausbau der Fachhochschulen im Zuge der Gesamthochschulgründung,**
- **stufenweiser Ausbau der außerschulischen Bildungseinrichtungen auf der Grundlage des Weiterbildungsgesetzes, des Jugendbildungsgesetzes und des Bildungsurlaubsgesetzes.**

Für den Bildungsbereich wollen wir in der kommenden Legislaturperiode zur Finanzierung von Baumaßnahmen 645 Mio. DM Barmittel bereitstellen und zusätzlich für 140 Mio. DM Aufträge erteilen (Verpflichtungsermächtigungen). Der Schwerpunkt unserer Stellenneuschaffungen liegt in diesem Bereich.

5 **Stärkung der inneren Sicherheit, der Rechtspflege und Ausbau der allgemeinen Dienste.**

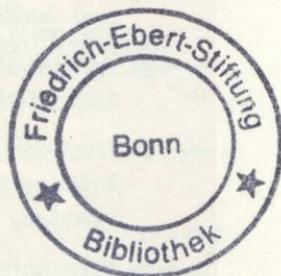
Die Sicherung eines friedlichen, auf Mitbestimmung der Bürger in allen Lebenslagen gerichteten Zusammenlebens in unserem Zwei-Städte-Staat ist eine Verpflichtung der staatlichen Institutionen, in deren Unterstützung sich die Sozialdemokraten von niemandem übertreffen lassen. Bremen kann mit seiner Polizei zufrieden sein. Wir begreifen die Aufgaben der inneren Sicherheit als wesentlichen Bestandteil unserer gesamten gesellschaftspolitischen Arbeit. Wir wollen uns künftig in verstärktem Maße um ein Zusammenwirken von allgemeiner Verwaltung (zentrale Aufgaben verbunden mit dezentralen Aufgaben in den Orts- und Beiratsämtern), von Sozialarbeit, von Stadterneuerung und Stadtentwicklungsarbeit und von polizeilicher Arbeit gezielt bemühen. Neben dem konsequenten Schutz der Bürger durch Polizei und Justiz kommt es darauf an, durch wirksame Vorsorge der Gefährdung des Rechtsfriedens entgegenzuwirken. Strafvollzug und Resozialisierung werden mit dem Ziel ausgebaut, Wiederholungstaten zu verhindern.

Im Bereich der inneren Sicherheit, der Rechtspflege und der allgemeinen Dienste sehen wir insbesondere folgende Maßnahmen vor:

MASSNAHMEN:

- **Einrichtung öffentlicher Rechtsauskunfts- und Beratungsstellen zur rechtlichen Fürsorge, Beratung und Aufklärung der Bürger,**
- **Ausbau der Rechtspflege, Unterrichtung der Laienrichter, Reform der Richterwahl,**
- **Rechtskundeunterricht im Rahmen der politischen Bildung an allgemeinen und berufsbildenden Schulen,**
- **wirksamere Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltkriminalität durch Ausbau der Sonderdezernate und Sonderkammern,**
- **Fortsetzung der Bemühungen um die Eingliederung straffällig gewordener Bürger in die Gesellschaft durch Strafvollzugsreform, durch Förderung der Schul- und Berufsausbildung von Strafgefangenen und durch personellen Ausbau der Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsichtsstellen,**
- **personeller und technischer Ausbau der Polizei,**
- **Verstärkung der Feuerwehr einschließlich der Rettungsdienste,**
- **Ausbau der Ortsämter im Sinne bürgernaher Verwaltung,**
- **Verbesserung der Planungskapazitäten der Verwaltung,**
- **Stärkung der Verbraucherhilfsorganisationen zur Unterrichtung und zum Schutze der Verbraucher.**

Für diesen Bereich wollen wir in der kommenden Legislaturperiode für Baumaßnahmen 160 Mio. DM Barmittel bereitstellen und für weitere 20 Mio. DM Aufträge erteilen (Verpflichtungsermächtigungen). Wesentlich für die Verbesserung der inneren Sicherheit ist der von uns geplante Ausbau der Personalstärke der Polizei.



Mit diesem Programm unserer Politik in der kommenden Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft treten wir Sozialdemokraten des Landes Bremen vor die Bevölkerung und bitten um ihr Vertrauen.

Wir bauen auf die kritische Mitarbeit der Bürger im Lande Bremen. Nicht um dem einzelnen Vorteile zu sichern, sondern um alle an den gemeinsam erarbeiteten Gütern teilhaben zu lassen, bitten wir erneut um die Unterstützung am 28. September 1975. Bremens Entwicklung ist ein unübersehbarer Beweis dafür, daß wir Sozialdemokraten zusammen mit den Bürgern unseres Landes in der Lage sind, mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität und mehr Qualität des Lebens zu schaffen.

Bibliothek der FES



1053859



Unser Mann - Hans Koschnick